

**Rückmeldung
zur öffentlichen Sondierung der**

EU-Binnenmarktstrategie für 2025

Wien, 31. Januar 2025

Über den Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft

Unser Ziel ist es, Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in hoher Qualität für alle zugänglich und leistbar zu machen. Der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft (VÖWG) fördert dazu den Wissensaustausch und die Vernetzung von Unternehmen und Organisationen der Daseinsvorsorge mit Institutionen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere in den Bereichen Energiewirtschaft, öffentlicher Verkehr, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft, wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung, Wohnen, Sozialdienstleistungen und Gesundheitswesen sowie Bildung. Neben der Organisation von Informations- und Netzwerkveranstaltungen bereiten wir für unsere Mitglieder insbesondere auch Gesetzesinitiativen auf nationaler und EU-Ebene auf, um sie in der Erbringung ihrer essenziellen Dienstleistungen bestmöglich zu unterstützen.

Rechtsform: Verein

Sitz: Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien

ZVR-Zahl (AT): 338965482

Zuständigkeit: LPD Wien, Abteilung für Vereins- Versammlungs- und Medienrechtsangelegenheiten

EU-Transparenzregisternummer: 643879152710-58

Einleitung - Herausforderungen und Chancen aus Sicht des VÖWGs

Die **EU-Binnenmarktstrategie 2025** markiert einen entscheidenden Schritt zur Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, der sozialen Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit in Europa. In einer Zeit globaler Herausforderungen – von geopolitischen Spannungen über den Klimawandel bis hin zur Digitalisierung – ist ein moderner, integrativer und widerstandsfähiger Binnenmarkt essenziell. Gleichzeitig bedarf es eines wirksamen Schutzes nach außen, um strategische Interessen Europas zu sichern und unfaire Wettbewerbsbedingungen zu vermeiden.

In diesem Positionspapier werden konkrete Maßnahmen vorgestellt, die aus Sicht der kommunalen und öffentlichen Wirtschaft sowie der Daseinsvorsorge den Binnenmarkt zu einem zentralen Instrument für eine nachhaltige und widerstandsfähige europäische Wirtschaft machen. Die Harmonisierung und Integration der nationalen Märkte bleibt eine zentrale Herausforderung, zumal unterschiedliche regulatorische Rahmenbedingungen den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr behindern.

Der **Draghi- und Letta-Bericht** betont in diesem Kontext die Bedeutung eines offenen, wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Binnenmarkts als Motor für Investitionen und Innovation. Insbesondere die Empfehlung, strategische Abhängigkeiten zu reduzieren und europäische Interessen in Schlüsselindustrien zu stärken, findet sich auch in der Binnenmarktstrategie 2025 wieder. Zur Stärkung der Resilienz muss die EU strategische Abhängigkeiten reduzieren, etwa durch die **Bevorzugung europäischer Produkte im öffentlichen Beschaffungswesen („Buy European“-Ansatz)**. Gleichzeitig muss der grenzüberschreitende Marktzugang vereinfacht und die Mobilität von Waren, Personen, Dienstleistungen & Kapital durch eine klare und praxisorientierte Governance gefördert werden.

Ein integraler Bestandteil der Binnenmarktstrategie ist die **Transformation hin zu einer nachhaltigen und kreislauforientierten Wirtschaft**. Darüber hinaus ist die **digitale Unabhängigkeit Europas** entscheidend für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. Eine **souveräne europäische Cloud-Strategie** sowie einheitliche Datenschutzstandards sind von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus müssen regulatorische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Innovationen fördern und Sicherheit gewährleisten. Dies betrifft insbesondere die Integration von KI-Systemen und Automatisierungslösungen, die im Einklang mit Datenschutz- und Sicherheitsvorgaben stehen müssen.

Aus Sicht des VÖWG sind insbesondere **weitere Privatisierungs- und Liberalisierungsbestrebungen abzulehnen** - denn zahlreiche Studien zeigen, dass sich der Ausverkauf öffentlicher Daseinsvorsorge sowohl auf die Qualität als auch auf die Preise negativ auswirkt. Zudem zeigt sich, dass der Binnenmarktansatz in Bereichen der Daseinsvorsorge (z.B. Wasser- und Abfallwirtschaft) nicht in gleicher Weise funktioniert wie in anderen Wirtschaftssektoren. Gerade im Bereich der Daseinsvorsorge sind differenzierte Ansätze erforderlich, um eine bedarfsgerechte und bezahlbare Versorgung sicherzustellen. Sektorspezifische Ausnahmen, wie z.B. im Bereich der Wasserwirtschaft im Rahmen der Konzessionsrichtlinie, sind daher unerlässlich, um dem besonderen Charakter dieser Dienstleistungen Rechnung zu tragen. Eine gute Daseinsvorsorge ist zudem ein wesentlicher Bestandteil, um die soziale Schere zu verkleinern und die europäische Sicherheitsarchitektur sowie die Resilienz Europas zu stärken.

Allgemeine Maßnahmen für die EU-Binnenmarktstrategie 2025

Ein starker Binnenmarkt ist die Grundlage für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Europas. Um seine Potenziale voll auszuschöpfen, sind Maßnahmen erforderlich, die Bürokratie abbauen, Innovation und Nachhaltigkeit fördern sowie soziale und ökologische Aspekte berücksichtigen. Folgende Maßnahmen sollten Priorität haben:

- **Bürokratie abbauen und Verfahren beschleunigen:** Ein vereinfachtes Vergaberecht und beschleunigte Genehmigungsverfahren erleichtern Investitionen, bauen bürokratische Hürden ab und stärken die Wettbewerbsfähigkeit. Durch einheitliche Regelungen können Unternehmen effizienter agieren. Die Herausnahme von (erneuerbaren) Energien aus dem Vergaberecht sowie der Verzicht auf Sonderregelungen wie die CSDDD oder die Clean Vehicle Directive könnten den Verwaltungsaufwand reduzieren und die lokale Klima- und Energiewende erleichtern. Darüber hinaus ist die Einführung einer materiellen Präklusion notwendig, um Planungssicherheit zu gewährleisten und Verzögerungen durch nachträgliche Einwände zu vermeiden.
- **Berichtspflichten reduzieren:** Öffentliche und kommunale Unternehmen sowie KMU stehen vor erheblichen Herausforderungen, prüffähige Daten für die EU-Taxonomie und die CSRD bereitzustellen. Der Aufwand sollte durch eine Reduktion der Datenpunkte deutlich verringert werden. Da öffentliche Unternehmen gemäß EU-Recht nicht als KMU definiert sind, profitieren sie auch nicht von den administrativen Erleichterungen, die für KMU vorgesehen sind. Deshalb setzen wir uns für eine Erweiterung dieser Definition ein, um auch öffentlichen Unternehmen einen besseren Zugang zu bürokratischen Entlastungen und eine gleichberechtigte Wettbewerbsfähigkeit zu ermöglichen.
- **Europäische Resilienz - Produktion und Versorgung innerhalb der EU stärken:** Zum einen müssen importierte Güter und Dienstleistungen den gleichen hohen Qualitäts-, Umwelt- und Sozialstandards entsprechen wie die innerhalb der EU produzierten. Andererseits muss die Versorgung mit strategisch wichtigen Gütern und Dienstleistungen innerhalb der Union gefördert werden, da eine übermäßige Abhängigkeit von Drittstaaten die europäische Resilienz gefährdet. Dies ist nicht nur notwendig, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, sondern auch, um die Einhaltung grundlegender Prinzipien wie Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Verbrauchersicherheit zu gewährleisten. Förderungen und Beihilfen sollten dabei bereits am Beginn der Wertschöpfungskette ansetzen, um Innovationskraft und Investitionen frühzeitig zu stärken und langfristige Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen.
- **Souveräne EU-Cloud:** Eine europäische Cloud-Strategie mit einheitlichen Standards für Datenschutz und digitale Zusammenarbeit stärkt das Vertrauen in digitale Dienste und verringert die Abhängigkeit von Drittstaaten. Eine souveräne Cloud trägt auch zur Sicherheit kritischer Infrastrukturen bei, indem sensible Daten und Systeme geschützt werden.
- **Attraktivität der EU als Standort für Fach- und Arbeitskräfte:** Arbeits- und Fachkräftemangel bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit der EU. Um dieser Herausforderung zu begegnen, sind gezielte Ausbildungsoffensiven und Nachqualifizierungsmaßnahmen für die vom Strukturwandel betroffenen Arbeitskräfte unerlässlich. Eine vereinfachte Anerkennung ausländischer Qualifikationen könnte nicht nur Engpässe lindern, sondern auch die Anwerbung und Integration von Fachkräften erleichtern.

VÖWG-Positionen nach Sektoren

Die Stellungnahme ist thematisch in die Bereiche Energie-, Wohnungs-, Verkehrs-, Wasser- und Gesundheitspolitik gegliedert, um die sektoralen Herausforderungen und Lösungsvorschläge sinnvoll abzubilden.

Energie- & Wohnungspolitik: Ein stärker integrierter Energiebinnenmarkt ist unverzichtbar, um Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiepreise für alle Endkund:innen zu gewährleisten. Um dies zu erreichen, sollte folgenden Maßnahmen Priorität eingeräumt werden

- Eine **nachhaltige Energiemarktreform** muss sicherstellen, dass die Kostenvorteile der niedrigen Erzeugungskosten erneuerbarer Energien vom Großhandels- auf den Einzelhandelsmarkt übertragen werden. Gleichzeitig ist es erforderlich, den europäischen Kapazitätsmechanismus zu vereinfachen und zu überarbeiten, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Zusätzliche Unbundling-Vorgaben sollten in der Energietransformation vermieden werden, da sie zu redundanten (Infra-)Strukturen führen, die nicht nur die Kosten für Verbraucher:innen erhöhen, sondern auch die Effizienz des Energiesystems beeinträchtigen können. Der Ausbau erneuerbarer Energien in Produktion, Verteilung und Speicherung bleibt zentral, während aus unserer Sicht, die Atomenergie ausdrücklich nicht als Teil einer nachhaltigen Energiezukunft angesehen wird.
- Ein **Transformationsfonds** ist notwendig, um den sozial-ökologischen Umbau zu unterstützen. Dieser Fonds sollte die Förderung von Speicherkapazitäten in einem integrierten, sektorübergreifenden Energiesystem einschließen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, das Gelder aus dem bestehenden Innovationsfonds sowie einem zukünftigen Transformationsfonds zweckgebunden für die Förderung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge eingesetzt werden, um die Energiewende auch in kritischen Versorgungsbereichen voranzutreiben.
- Für die Energiewende sind **sozialverträgliche und zukunftsichere Lösungen** unabdingbar. Neben technischen Innovationen und Investitionen sind faire Rahmenbedingungen notwendig, um Akzeptanz und Nachhaltigkeit langfristig zu sichern. Die steigenden Netzkosten stellen eine erhebliche finanzielle Belastung für Endkund:innen dar. Neue Ansätze sind notwendig, um diese Kosten gerecht und sozialverträglich umzulegen. Alle Akteure, die das Netz belasten, sollten solidarisch zur Finanzierung der Lasten beitragen. Zudem reicht eine reine Fokussierung auf CO₂-Preise und Energieeffizienz nicht aus, um die Wärmewende erfolgreich voranzubringen. Zielgerichtete ordnungspolitische Eingriffe sind erforderlich, um die rechtsverbindliche Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen sicherzustellen. Regulatorische Eingriffe schaffen Sicherheit und Planbarkeit für alle Akteure und leisten einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der Energiewende.

Neben bezahlbaren Energiepreisen ist ein funktionierender und bezahlbarer Wohnungsmarkt für das Funktionieren des EU-Binnenmarktes unerlässlich. Hohe Wohnkosten behindern die Mobilität von Arbeitskräften, insbesondere von jungen Haushalten und Haushalten mit Familien, die in privaten Mietwohnungen leben.

Ein gut funktionierender und bezahlbarer Wohnungsmarkt ist für das Funktionieren des EU-Binnenmarktes von entscheidender Bedeutung. Gemeinnützige und nicht gewinnorientierte Akteure spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung erschwinglicher und stabiler Wohnverhältnisse. Wie auch im Letta-Bericht erwähnt, behindern hohe Wohnkosten die Mobilität von Arbeitskräften in wirtschaftlich prosperierende Regionen (insbesondere Städte). Diese Hemmung der Arbeitsmobilität hoher Wohnkosten ist insbesondere bei jüngeren Haushalten und bei Haushalten, die zur Miete wohnen, zu [beobachten](#). Eine **Stärkung gemeinnütziger und anderer nicht gewinnorientierter Akteure am Wohnungsmarkt** ist daher notwendig, um einerseits die Leistbarkeit und Stabilität von Wohnverhältnissen zu verbessern und andererseits die Mobilität von Arbeitskräften im EU-Binnenmarkt zu stärken. Leistbarer Wohnraum in urbanen Zentren ist weiters ein wesentlicher Garant dafür, dass der ökologische Fußabdruck sinkt, und ein großer Hebel, der durch einen starken öffentlichen Verkehr sichergestellt wird. Konkrete Lösungsansätze werden im [Positionspapier des GBV-VÖWG](#) dargestellt.

Darüber hinaus sollten **gemeinnützige Bauvereinigungen aktiv an Erneuerbare-Energien-Gemeinschaften beteiligt werden**, um den Zugang zu nachhaltiger Energie für ihre Mieter:innen zu ermöglichen. Die derzeitige Beschränkung der Beteiligung auf KMU und Kommunen verhindert, dass große gemeinnützige Wohnungsunternehmen ihre Innovationskraft und Expertise im Bereich Erneuerbare Energien einbringen können. Eine Änderung der Erneuerbaren-Richtlinie ist notwendig, um die Vorteile der Energiewende allen Mieter:innen im geförderten Wohnungsbau zugänglich zu machen.

Verkehrspolitik: Die Weiterentwicklung des europäischen Verkehrssektors ist ein Schlüsselfaktor für den Binnenmarkt. Einheitliche Standards im Schienenverkehr (TEN-T) und eine Harmonisierung des Kapazitätsmanagements und der Baustellenkoordination sind unabdingbar. Darüber hinaus sollte ein grenzüberschreitendes Ticketing-System eingeführt und spezielle Kategorien für Nachtzüge geschaffen werden. Nachhaltige intermodale Lösungen, z.B. durch schienenkompatible LKW, sind ebenfalls zu fördern, um die Mobilität zu optimieren. Zu diesem Zweck sind folgende Maßnahmen zu priorisieren:

- **Harmonisierung und Ausbau der Infrastruktur:** Beschleunigung der Umsetzung des TEN-T-Netzes für eine grenzüberschreitend interoperable Schieneninfrastruktur und Einführung eines einheitlichen Kapazitätsmanagements sowie optimierte Baustellenkoordination. EU-weite Einführung der Digitalen Automatischen Kupplung (DAK) zur Effizienzsteigerung im Schienengüterverkehr.
- **Kostenwahrheit im Verkehr:** Anwendung des „Polluter Pays“-Prinzips zur Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen zwischen Schiene und Straße und Anpassung der EU-Richtlinien zur Förderung von wirtschaftlich schwer darstellbaren Bahnangeboten wie Einzelwagenverkehr und Nachtzügen.
- **Förderung des intermodalen Verkehrs:** Ausbau des Straße-Schiene-Wasser-Verkehrs durch Schaffung ausreichender Terminal- und Schienenkapazitäten sowie durch Förderung der technischen Umrüstung und Investitionen in schienenkompatible LKW.
- **Nachhaltigkeit und Energieeffizienz:** Ausbau erneuerbarer Energien für den Bahnsektor und Überdenken des Merit-Order-Prinzips zur Stabilisierung der Strompreise für Bahn- und ÖPNV-Anbieter:innen. Einführung einer Kerosinsteuer zur Förderung klimafreundlicher Alternativen.

- **Grenzüberschreitendes Ticketing & EU-Fördermittel:** Entwicklung eines grenzüberschreitenden Fahrkartensystems für ein nahtloses und kundenorientiertes Reiseerlebnis – gemäß der CER Ticketing Roadmap. Erhöhung der Mittel im Rahmen der Connecting Europe Facility (CEF), insbesondere zur Unterstützung der technischen Aufrüstung und des automatisierten Zugverkehrs. Wichtig ist auch die Förderung der Mobilität in städtischen Ballungsräumen sowie die Ausweitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung auf weitere Sektoren am Beispiel des Verkehrs.

Wasserpolitik & Kreislaufwirtschaft: Die Förderung der Kreislaufwirtschaft und die Einhaltung nachhaltiger Standards stehen im Fokus der europäischen Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Um diese Ziele zu erreichen, sind sowohl rechtliche Anpassungen als auch technische Innovationen notwendig. Aktuelle Herausforderungen wie die unzureichende Durchsetzung der Herstellerverantwortung oder die Entwicklung eines nachhaltigen Produktdesigns erfordern gezielte Maßnahmen. Hierfür sollten folgende Maßnahmen priorisiert werden:

- **Durchsetzung der erweiterten Herstellerverantwortung:** Die Registrierung und Lizenzierung von Verpackungen, Batterien oder Elektrogeräten ist mit dem derzeitigen Rechtsrahmen nur unzureichend möglich. Insbesondere fehlen effektive Instrumente zur Kontrolle von Herstellern aus Drittstaaten, was zu negativen Umweltauswirkungen und einer Benachteiligung europäischer Unternehmen führt. Ein zentrales, von der EU-Kommission unterstütztes Herstellerregister könnte hier Abhilfe schaffen. Gleichzeitig sollten große Online-Plattformen stärker in die Haftung genommen werden.
- **Maßnahmen für eine starke und nachhaltige Kreislaufwirtschaft:** Die Entwicklung einer effektiven Kreislaufwirtschaft ist essenziell, um den Binnenmarkt widerstandsfähiger und wettbewerbsfähiger zu machen. Ein europaweites Pfandsystem für Lithium-Batterien reduziert Sicherheitsrisiken, fördert Ressourceneffizienz und stellt die Entsorgung sicher. Verbindliche Quoten für Sekundärrohstoffe stärken Wertstoffmärkte, während recyclingorientiertes Produktdesign die Wiederverwertbarkeit verbessert. Moderne Produktions- und Recyclinganlagen für Textilien und eine fortschrittliche Restmüllsortierung in der EU reduzieren die Abhängigkeit von Drittstaaten, erhöhen die Verfügbarkeit wertvoller Rohstoffe und gewährleisten Versorgungssicherheit. Diese Maßnahmen verbinden ökologische Nachhaltigkeit mit wirtschaftlicher Stabilität und sichern die Zukunftsfähigkeit Europas.
- **Finanzierung des abfallwirtschaftlichen Gesamtsystems sicherstellen:** Im Sinne der Kreislaufwirtschaft, des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit übernimmt die kommunale Abfallwirtschaft die Verantwortung für alle Siedlungsabfälle. Gleichzeitig stellt die Sammlung und Vermarktung von Wertstoffen eine wesentliche Einnahmequelle dar, die zur Finanzierung des abfallwirtschaftlichen Gesamtsystems beiträgt. Eine weitere Liberalisierung des Marktes darf daher nicht dazu führen, dass werthaltige Stoffströme zukünftig anderen Akteuren überlassen werden müssen und für die öffentliche Hand nur noch Abfälle verbleiben, die aufgrund hoher Behandlungskosten oder problematischer Inhaltsstoffe für andere Akteure nicht mehr interessant sind.
- **Bekenntnis zur öffentlichen/kommunalen Wasserwirtschaft:** Viele der Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie etwa die Wasserversorgung, stellen natürliche Monopole dar, bei denen

ein freier Wettbewerb weder möglich noch sinnvoll ist. Die Wasserwirtschaft erfordert eine langfristige, nachhaltige Planung und qualitativ hochwertige Infrastruktur, die durch kurzfristige Gewinninteressen privater Anbieter gefährdet werden könnte. Zudem ist es bei diesen Dienstleistungen üblich, dass bei Ausfall privater Anbieter die öffentliche Hand die Versorgung sicherstellen muss.

Gesundheitspolitik: Eine wesentliche Säule der Weiterentwicklung des Binnenmarktes ist die Vertiefung der Europäischen Gesundheitsunion. Dazu sind folgende Prioritäten zu nennen:

- **Aufbau eines Europäischen Raums für Gesundheitsdaten:** Der EU-Gesundheitsdatenraum bietet das Potenzial, durch einen verstärkten Datenaustausch Innovationen im Bereich der digitalen Gesundheitstechnologien zu fördern und auch den Verwaltungsaufwand in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung zu reduzieren. Der Aufbau der notwendigen Infrastruktur ist jedoch mit hohen Kosten verbunden. Die EU muss durch Bereitstellung von Fördermitteln und Verbesserung des finanziellen Rahmens sicherstellen, dass ausreichend in die digitale Gesundheitsinfrastruktur investiert und administrative Hürden abgebaut werden.
- **Versorgung mit kritischen Arzneimitteln:** Insbesondere bei Generika und Biosimilars kommt es zunehmend zu Lieferengpässen. Um die Versorgungssicherheit mit kritischen Arzneimitteln zu verbessern, sollten die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Herstellung, Zulassung und den Vertrieb von Generika verbessert und die Zulassungsverfahren und klinischen Prüfungen für Arzneimittel generell vereinfacht werden.
- **Substanzen menschlichen Ursprungs:** Es bestehen Bedenken hinsichtlich der kommerziellen Nutzung und des Handels mit Substanzen menschlichen Ursprungs im Binnenmarkt. Diese hochsensiblen Substanzen sollten nicht kommerzialisiert werden. Auch hier muss die Einhaltung ethischer Grundsätze sichergestellt werden.

Fazit und Ausblick

Die allgemeinen und sektorspezifischen Maßnahmen, die in diesem Positionspapier vorgestellt werden, sollen dazu beitragen, dieses gemeinsame Ziel, die weitere Integration des Binnenmarktes im Jahr 2025 bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung hoher sozialer und ökologischer Standards für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Europa, zu erreichen.

Die Binnenmarktstrategie 2025 bietet dazu eine einzigartige Gelegenheit, den Binnenmarkt als Motor für Wachstum, Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit zu stärken. Gezielte Investitionen in strategisch wichtige Sektoren, regulatorische Harmonisierung und die Förderung der Zusammenarbeit aller relevanten Akteure sind von entscheidender Bedeutung. Nur mit einer klaren Ausrichtung auf soziale Gerechtigkeit, ökologische Transformation und wirtschaftliche Innovationskraft kann die EU ihre globale Vorreiterrolle sichern. Ein inklusiver, digital souveräner und nachhaltiger Binnenmarkt stärkt nicht nur den Wohlstand Europas, sondern auch seine soziale Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit in einer dynamischen Weltwirtschaft.

Inhaltliche Verantwortung

Virginia Hagn, BA MA

Verbandskoordination

+43-1-4082204-20

virginia.hagn@voewg.at

Jeremias Jobst, MA MSc (WU)

Teamleitung Wirtschaftspolitik

+43-1-4082204 – 26

jeremias.jobst@voewg.at